

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 7

Artikel: Ungarn 1956 : Volksaufstand in einer Volksdemokratie
Autor: Gosztony, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163206>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ungarn 1956: Volksaufstand in einer Volksdemokratie

Zwanzig Jahre sind es her, dass in der ungarischen Volksrepublik ein Aufstand ausbrach. Seit der Kapitulation von Hitler-Deutschland 1945 und dem Prager Kommunisten-Putsch von 1948 hatte kein anderes Ereignis Europa und die übrige Welt so erregt wie diese Oktober-November-Tage 1956.

Über Ungarns Volksrevolution und Freiheitskampf (denn es war beides zugleich) ist sehr viel gesprochen und geschrieben worden. Legenden entstanden, bewusst in Umlauf gebrachte Gerüchte sollten diese heroischen Tage in ein trübes Licht rücken. Dies misslang jedoch. Ebenso wenig erreichte die Budapester Regierung mit dem seit beinahe zwanzig Jahren andauernden Schweigen über den Volksaufstand, seine Ursachen und seinen Ablauf. Seit 1956 ist zwar im Lande auch Positives geschehen; die Regierung beharrt aber eisern auf ihren ursprünglichen und auf Unwahrheiten beruhenden Thesen: In jenen schicksalhaften Tagen sei zwischen Donau und Theiss eine *Konterrevolution* ausgebrochen, die alle Errungenschaften des sozialen Fortschritts zunichte machen und die Herrschaft des Grossgrundbesitzes, des ausländischen und inländischen Kapitals und die Knechtschaft für die Werktätigen wiederherstellen wollte. Es ist dies eine Sprachregelung und nicht die wirkliche Meinung der Parteiführung – was in zahlreichen privaten Gesprächen deutlich wurde.

Der ungarische Stalinismus

Historische Tatsache ist, dass unter allen osteuropäischen Volksdemokratien sich gerade in Ungarn die sturste und grausamste aller stalinistischen Diktaturen installieren konnte. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: Die ungarische KP kam 1945 aus der Illegalität und verfügte in der «Stunde Null» nicht einmal über 200 Alt-Parteimitglieder; in der Bevölkerung hatte sie wegen der unseligen Béla-Kun-Diktatur von 1919 keinen Rückhalt. Nur Schritt um Schritt gelang es der Partei in der Folge Kräfte zu sammeln; aber bei den ersten Nachkriegswahlen konnten die Kommunisten nur mit Mühe 17 Prozent der Wähler gewinnen. Danach gelang es jedoch den Führern der KP – namentlich Mátyás Rákosi –, mit machiavellistischer Politik die bürgerlichen Parteien zu spalten und sie teilweise zu vernichten. Das hätte nie pas-

sieren können, wenn nicht die Rote Armee als Besatzungsmacht die Machenschaften der Kommunisten unterstützt hätte. 1948/49 gelang die kommunistische Machtübernahme; sogleich änderte sich die bisherige, sich auf eine «sozialistische Demokratie» berufende Politik Rákosis. Anstelle der Erziehung der Bevölkerung zum Kommunismus kam der Terror. Die beinahe sklavische Unterordnung der Interessen Ungarns gegenüber dem Kreml kennzeichnete die Tätigkeit Rákosis, der einmal zu einem seiner Mitarbeiter sagte: «Ich will nicht noch einmal Emigrant in Moskau sein!»

Zu dieser Politik der Unterdrückung kam das wachsende Einwirken der Sowjets, die Ungarn nicht nur wirtschaftlich und politisch ausbeuteten, sondern die Volksrepublik als Aufmarschgebiet gegen Tito-Jugoslawien brauchten. Dieser Druck schien nach Stalins Tod etwas gelockert zu werden, aber dass Moskau Rákosis Politik in vollem Umfang auch weiterhin billigte, geht auch aus einer jugoslawischen Dokumentation hervor, die in diesem Jahr veröffentlicht wurde. Ende September 1956, knapp drei Wochen vor Ausbruch des Volksaufstandes in Ungarn, empfing Chruschtschow auf der Krim Marschall Tito. Während dieser Unterredung kam das Gespräch auf Ungarn. Rákosi war damals als Parteichef entmachtet und weilte in der Sowjetunion. Chruschtschow verteidigte ihn gegenüber seinem Belgrader Gast. «Rákosi ist ein alter Revolutionär und sehr ehrlich!» sagte er, und ein anderes Mitglied des Parteibüros beendete den Satz mit den Worten: «Rákosi ist ein geschickter Mann, nur auf ihn, auf niemand anderen können wir uns in Ungarn stützen!» («Magyar Szó», Novi Sad, 11. Juli 1976). Rákosis Politik führte zum Volksaufstand. Dass er erst dann ausbrach, als der gehasste Generalsekretär entmachtet und ausser Landes war, bestätigt die *These* einer Revolution, die von Tocqueville formuliert worden ist: «Revolution ist nicht immer das Resultat ständiger Verschlimmerung der Zustände. Es geschieht häufig, dass ein Volk, das eine niederdrückende Ordnung ohne Klage und gleichsam unempfindlich erduldet hat, sie in dem Augenblick plötzlich mit Heftigkeit abschüttelt, da ihre Last leichter zu werden beginnt . . .» Ferner: «Das Übel, das man geduldig als etwas Unausweichliches ertragen hat, erscheint unerträglich, sobald man einen Weg sieht, sich davon zu befreien: das Übel ist dann zwar geringer geworden, gewiss, aber es wächst die Empfindlichkeit . . .»

Wieso gelang es im Oktober 1956 den Sowjets, die Revolution in *Polen* zu vermeiden und die Lage zu stabilisieren? Die Antwort liegt auf der Hand. Die polnische Bevölkerung hatte schon im Juni 1956 – bei den Poznan-Unruhen – die bittere Erfahrung gemacht, dass trotz langjähriger amerikanischer Propaganda hinsichtlich der «Befreiung der von den Sowjets unterjochten Völker» nichts gegen Moskau unternommen wurde. Die Oktoberereignisse in Ungarn, die in Polen mit grosser Begeisterung aufgenommen

wurden und von denen man auch den politischen Umschwung im eigenen Land erwartete, hatten die Polen ein Weiteres gelehrt. Die sowjetische Militärintervention in Ungarn am 4. November 1956 und das auffallende Schweigen der offiziellen Stellen in Washington hatten den Polen eindeutig gezeigt, wo die *Grenzen* ihrer Freiheitsbestrebungen lagen. Deswegen konnte der damals realistisch denkende Gomulka mit Hilfe und Unterstützung der breiten Bevölkerungsschichten seines Landes die revolutionäre Stimmung unter Kontrolle bringen.

Der Sturz Rákosis

Sieben Jahre waren nun seit 1949 vergangen, als die einheimische Kommunistische Partei die alleinige Macht erlangte und unter Rákosi die Herrschaft über Land und Volk errichtete. Die Folgen waren verheerend: die den politischen Zielen untergeordnete sozialistische Planwirtschaft brachte Ungarn an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. Die Bauern, die man in LPGs zwang, verloren jegliches Interesse an der Produktion. Eine Million Joch Ackerboden (570 000 Hektar), das heisst etwa 10 Prozent der gesamten Ackerbodenfläche Ungarns, lagen 1955 brach. Der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten ging entgegen aller Versprechungen der Partei zurück und sank schliesslich unter das Niveau der Vorkriegsjahre.

Noch schlimmer stand es um die Rechte der Staatsbürger. Die Kommunistische Partei hatte nicht nur die Polizei und die Armee unter ihrer Gewalt, sondern verfügte auch über eine eigene Hausmacht, den Staatssicherheitsdienst. Diese Institution war dem Generalsekretär der Partei, Mátyás Rákosi, unmittelbar unterstellt und jeglicher staatlichen Kontrolle entzogen. Während der siebenjährigen Herrschaft Rákosis füllten sich die Kerker. Immer neue Arbeitslager entstanden; auch der Henker hatte viel zu tun. Von den Machenschaften des Staatssicherheitsdienstes wurden nicht nur die Gegner der Volksrepublik betroffen, auch «einfache Bürger». Die politischen Prozesse nahmen kein Ende. Angehörige des Klerus, sozialdemokratische Funktionäre, bürgerliche Politiker aller Schattierungen, der Wirtschaftssabotage angeklagte Ingenieure, auch führende Mitglieder der Kommunistischen Partei selbst mussten sich vor Gericht verantworten. Die Verfahren sprachen jeder normalen Prozessordnung Hohn. Dazu kamen Deportationen, «Kulaken-Verfolgung» und ein Terror, der in der Geschichte Ungarns seinesgleichen sucht.

Nach neueren offiziellen Budapester Angaben wurden allein zwischen 1952 und 1955, also in einer Zeitspanne von vier Jahren, nicht weniger als 1 136 434 Menschen vor Gericht gestellt und davon 45 Prozent, das heisst 516 708, zu kürzeren oder längeren Freiheitsstrafen verurteilt! Über diese

Zeit schrieb 1961 in Budapest ein ehemals führendes Mitglied der Partei, Generalleutnant a. D. Sándor Nógrádi, in seinen Erinnerungen: «Die Mitglieder des Zentralkomitees wurden niemals über die Zahl der Inhaftierten, Internierten und Deportierten in Kenntnis gesetzt. *Zu diesen Massnahmen hatten wir auch keine gesetzlichen Grundlagen.* Rákosi jedoch hielt sie für die natürliche Folge der revolutionären Entwicklung. Er vertrat die Ansicht, es gebe keine <revolutionäre> Gesetzlichkeit. <Die Leute sollen einfach lernen, dass wir hier die Diktatur des Proletariats haben!> pflegte er zu sagen.»

Wie die Staatsbürger ihrer elementaren Rechte beraubt wurden, wurde auch die nationale Kultur im Zeichen des «sozialistischen Realismus» uniformiert. Schriftstellerverband und Journalistenverband, Verband der bildenden Künstler, alle mussten der Parteilinie gehorchen. Wenn jemand es nicht tat und das Glück hatte, dass man seine Abweichung nicht als parteifeindliche Tat bewertete, verlor er mindestens seine Mitgliedschaft und damit das Recht, seine Tätigkeit als «Kulturschaffender» weiter auszuüben.

«Die Führungsclique des Landes hielt es im Monopolbesitz der Gewaltorgane nicht mehr für erforderlich, dass Partei und Regierung das Vertrauen und die Unterstützung der werktätigen Massen mit einer richtigen Politik, die das Interesse Ungarns und des Volkes berücksichtigt, erwarben und sich mit ihrer tagespolitischen Aktivität immer wieder von neuem sicherten. Diese Politik war kein Weg der Volksdemokratie mehr, sondern der Weg des Bonapartismus!» Diese Sätze stammen aus der Feder eines ungarischen Kommunisten, Imre Nagy, der noch im Frühsommer 1956 Rákosis Zentralkomitee über die wahre Lage des Landes zu unterrichten versuchte. Doch seine Bemühungen fanden bei den Zuständigen kein Gehör.

Dann geschah etwas Unvorhergesehenes. Im Februar 1956 fand in Moskau der 20. Parteikongress der sowjetischen Kommunistischen Partei statt. Bei diesem Anlass übte N. S. Chruschtschow, der Erste Sekretär, scharfe Kritik an der Regierungsmethode Stalins und leitete damit eine Welle der sogenannten «Entstalinisierung» im Sowjetbereich ein. Die Wirkung zeigte sich bald in jenen Ländern Osteuropas, die seit 1945 zum sowjetischen Machtbereich gehörten. In Polen kam es schon im Juni 1956 zu scharfen Zusammenstößen zwischen Regierung und Bevölkerung (Poznan), die dann im Oktober, als die polnische Armee gar gegen die russische Besatzungsmacht aufgeboten wurde, in einer Krise gipfelten. In allerletzter Stunde gelang es dem in der Stalinzeit eingekerkerten, nun an die Macht zurückgekehrten Wladyslaw Gomulka, die Lage zu meistern und seine Landsleute durch wirtschaftliche und kulturelle Zugeständnisse zu beschwichtigen.

So einfach lag die Sache in Ungarn nicht. Schon im Sommer 1956 war aus den Reihen der Studenten, Schriftsteller und Intellektuellen, besonders dem der kommunistischen Jugendbewegung angeschlossenen Petöfi-Kreis, Protest

gegen die bisherigen Methoden der Partei erhoben und eine rasche und radikale Durchführung der «Entstalinisierung» gefordert worden. Moskau, das letzten Endes für die ungarische Entwicklung auch die Verantwortung trug, gab diesem Drängen zunächst nach. Mátyás Rákosi musste als Erster Sekretär der Partei zurücktreten und wurde durch den etwas wendigeren, aber auch dogmatischen Ernő Gerő ersetzt. Unter ihm wurde eine Hinwendung zu Tito eingeleitet, mit dem die Ungarische Volksrepublik seit 1948 in einem «kalten Krieg» lebte. Auf Drängen der jungen Intellektuellen und Studenten, die in der Mehrzahl Mitglieder der KP waren, wurden die ungarischen Opfer des Stalinismus rehabilitiert. Im Spätsommer 1956 verliessen 474 Personen die Kerker (zurück blieben noch immer über 3000 politische Häftlinge). Der 1949 hingerichtete Kommunist László Rajk erhielt zusammen mit mehreren seiner Leidensgenossen postum die Bestätigung seiner Unschuld. Ihnen wurde auch ein Staatsbegräbnis gewährt: in makaber-düsterer Feierlichkeit wurde danach Rajk mit drei seiner Genossen am 6. Oktober 1956 in Budapest beigesetzt.

Diese Gesten der neuen Führung der ungarischen KP kamen zu spät, um dem im Lande sich immer stärker ausbreitenden Missbehagen zu steuern. Als um die Mitte des Oktobers die polnischen Ereignisse in Budapest bekannt wurden, steigerte sich die oppositionelle Bewegung rasch in eine wahre revolutionäre Stimmung hinein.

Die Revolution

Die treibende Kraft der ungarischen Ereignisse war zweifelsohne die Universitätsjugend. Am 15. Oktober hatten die Studenten von Szeged ihren Austritt aus dem kommunistischen Jugendverband erklärt und eine eigene Studentenvereinigung ins Leben gerufen. Am 22. Oktober schlossen sich die Budapester Studenten ihren Kommilitonen von Szeged an und formulierten ihre Forderungen an die Regierung in 16 Punkten. Sie verlangten darin nicht nur Reformen und Demokratisierung des staatlichen Lebens, sondern auch freie Wahlen mit Einbeziehung demokratischer Parteien und vor allem den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn. Um ihren Forderungen mehr Bedeutung zu verleihen, beschlossen sie, am kommenden Tag eine grosse Demonstration vor dem Denkmal des polnischen Generals Josef Bem – eines Generals des Freiheitskampfes von 1848 – abzuhalten.

Der 23. Oktober 1956 wurde der entscheidende Tag des Aufstandes. Die Regierung versuchte vorerst, der Studentenkundgebung energisch entgegenzutreten. Sie erliess ein Demonstrationsverbot, das jedoch nach einigen Stunden zurückgenommen werden musste. Am Nachmittag dieses Tages kam es daher in vielen Teilen Budapests zu Versammlungen: beim Bem-Denkmal,

vor dem Denkmal des Dichters Petöfi, vor dem Rundfunkhaus und vor dem Parlamentsgebäude. Hier erhob die Menge den Ruf nach Imre Nagy. Der Altkommunist, wegen seiner nationalen und demokratischen Gesinnung in Ungarn schon seit langem populär, war im Juni 1953 im Zeichen eines gelockerten Kurses schon Ministerpräsident gewesen. Er versuchte damals, manche von Rákosis Sünden gutzumachen. Auf die Dauer konnte er sich jedoch nicht durchsetzen. In Moskau siegte der orthodoxe Flügel der Partei: Nagy musste im März 1955 demissionieren. Er wurde als «Rechtsabweichler» aus der Partei ausgestossen und verlor jedes Amt. Erst kurz vor dem 23. Oktober war er rehabilitiert worden. Jetzt, wo er von einem Erker des Parlamentsgebäudes zu der Menge sprechen sollte, war seine Haltung eher zurückhaltend als zündend. Er versuchte lediglich, die Versammelten zu beschwichtigen.

Am Abend des 23. Oktober kam es zum ersten Blutvergiessen. Der Staatssicherheitsdienst schoss in die Menge vor dem Rundfunkhaus. Es kam nun zu einer Belagerung des Gebäudes. Die Leute beschafften sich Waffen und Munition aus den benachbarten Kasernen und aus den Waffenfabriken von Csepel und Kőbánya. Auch die Arbeiter schlossen sich der Menge an. Man proklamierte den Streik. Unter Jubel wurde das riesige Stalin-Denkmal von seinem Sockel gestürzt. Die Regierung bot die Armee auf, da die Polizei eher Sympathie für die Aufständischen hatte. Die Soldaten und Offiziere weigerten sich jedoch, auf ihre Landsleute zu schießen; vielmehr schlossen sie sich selber ihnen an. Nun rief Ernő Gerő die Russen zu Hilfe; am Morgen des 24. Oktober erreichten die ersten russischen Panzer Budapest und versuchten, vorerst noch ohne Waffengebrauch, die Ordnung in der Stadt herzustellen. Mit dem Erscheinen der Russen widerfuhr dem Budapester Aufstand eine Charakteränderung: er wurde nun ein *nationaler Freiheitskampf*.

Denn die sowjetische Armee konnte ihren Auftrag nicht erfüllen. Sie wurde in der Stadt überall von den Aufständischen – Arbeitern, Studenten und Angestellten – angegriffen und vielerorts zum Rückzug gezwungen. Und wo eine Kampfpause entstand, dort versuchten Russisch sprechende Studenten und junge Intellektuelle, die Rotarmisten über den wahren Sachverhalt aufzuklären.

Die Kämpfe, die zwischen dem 23. und 29. Oktober in Budapest und auch in der Provinz entflamten, spielten sich nicht nur an den Barrikaden ab. Über Nacht entstanden die *politischen Organe* der Aufständischen: die Arbeiterräte, die National- und Revolutionskomitees, die ihre Ziele (ein unabhängiges, demokratisches, aber dennoch sozialistisches Ungarn) auf politischer Ebene durchzusetzen versuchten. Die Studenten waren auch in dieser Hinsicht die Avantgarde der Bewegung. Ihre Beteiligung an der freien Presse, an der Agitation in Land und Stadt und während der Verhandlungen mit der

Regierung überwogen manchmal ihren Anteil an den bewaffneten Kämpfen auf den Strassen.

Inzwischen brach die Autorität der Regierung rapid zusammen. Ministerpräsident András Hegedüs und der verhasste Parteisekretär Ernő Gerő demissionierten. Imre Nagy wurde Regierungschef, János Kádár, einstiges Opfer der ungarischen Stalinisten, Parteisekretär. Aber auch sie vermochten die revolutionäre Bewegung, die sich mit elementarer Gewalt ausbreitete, nicht mehr zu steuern. Nagys zunächst erlassene Appelle zur Mässigung, mit denen er dem Vorbild Gomulkas zu folgen versuchte, blieben ungehört. Nun bröckelte Stück um Stück vom Regime ab. Die Partei mit ihren fast 900000 Mitgliedern löste sich einfach auf. Der Staatssicherheitsdienst fiel auseinander. Armee und Polizei schlossen sich den Aufständischen an. Die Sowjets blieben isoliert und mussten sich aus Budapest zurückziehen. Am 28. Oktober billigte György Lukács, der berühmte marxistische Philosoph, in einer Erklärung die Aktionen und Forderungen der ungarischen Jugend. Der Aufstand schien gesiegt zu haben. Denn die Nagy-Regierung trug schnell der Situation Rechnung. Am 28. Oktober nahm Nagy in seine Regierung zwei Nichtkommunisten auf; einen Tag später begann er Verhandlungen mit den Russen über den Abzug der Truppen; am 30. Oktober schaffte Nagy das Einparteiensystem ab und kündigte die Bildung einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten an. Am gleichen Tag wurde der von den Kommunisten 1949 zu lebenslänglicher Haft verurteilte Kardinal József Mindszenty von Einheiten der ungarischen Volksarmee befreit.

Als dann die Russen, entgegen allen ihren vorherigen Versprechungen (Mitglieder der Sowjetregierung, namentlich Mikojan und Suslow, weilten in diesen Oktobertagen zweimal in Budapest), Truppen an der ungarischen Grenze zusammenzogen und sich bereits am 31. Oktober anschickten, strategische Punkte im Lande zu besetzen, kündigte Imre Nagy am 1. November den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt an und proklamierte die «immer und ewig dauernde» Neutralität des Landes. Gleichzeitig erging der Appell der Regierung an die Vereinten Nationen, die Ungarnfrage dringend auf die Tagesordnung zu setzen. All diese Massnahmen wurden durch unzählige Kundgebungen gebilligt. Dabei stand auch nicht die neugegründete ungarische Kommunistische Partei zurück, deren Erster Sekretär, János Kádár, am 1. November im Rundfunk sprach und sich vorbehaltlos der Politik «seines Freundes und Genossen» Imre Nagys anschloss.

Das Todesurteil

In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November wurde jedoch in Moskau das Todesurteil über den Volksaufstand ausgesprochen. Der orthodoxe

Flügel des sowjetischen Politbüros nützte die im Nahen Osten entstandene Kriegslage aus, um Chruschtschow zu einer Militärintervention in Ungarn zu bewegen. Die Ungarnereignisse konnten leicht zu einer allgemeinen Krise in den von Moskau beherrschten osteuropäischen Volksdemokratien ausarten und somit die Hegemonie der Sowjetunion in diesem Teil Europas gefährden. Zur Intervention wurde der Kreml gewissermassen auch seitens der Amerikaner ermutigt. Ein Telegramm des State Department vom 2. November 1956, das durch Belgrad (gewollt) nach Moskau gelangte, teilte den Russen unumwunden mit: «Die Regierung der Vereinigten Staaten sympathisiert nicht mit Regierungen an den Grenzen der Sowjetunion, die der Sowjetunion unfreundlich gesinnt sind.»

Der Aufmarsch der russischen Truppen wurde bis zum Abend des 3. November abgeschlossen. Am 4. November 1956, einem Sonntag, folgte der entscheidende Schlag. In den frühen Morgenstunden rückten die russischen Panzer in Budapest ein. Schon in der Nacht zuvor hatten die Russen mitten aus den Verhandlungen heraus Maléter und seine Begleiter verhaftet und damit die ungarische Volksarmee ihrer Führung beraubt. Eine Rundfunkstation aus der Provinz verkündete am Morgen des 4. November die Gründung einer «revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung», an deren Spitze János Kádár, der Erste Sekretär der neuen KP, gestellt wurde. Kádár wurde, wie sich später herausstellte, am 2. November aus Budapest entführt und für seine neue Rolle von den Russen in Mukatschewo (UdSSR) präpariert. Der wahre Drahtzieher von ungarischer Seite war jedoch Ferenc Münnich, ein Altkommunist, Spanienkämpfer und Vertrauter des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes in Budapest, der bis zum 1. November 1956 selber Minister in der Nagy-Regierung war. Nagy selbst musste am 4. November seinen Amtssitz im Parlamentsgebäude aufgeben. Er fand mit seinen engsten Mitarbeitern in der jugoslawischen Botschaft Asyl.

Fünf Tage dauerte der Kampf der Russen um Budapest. Auf dem Land wurde bis zum 15. November weitergekämpft. Bis tief in den Januar 1957 hinein setzte man den «Kleinkrieg» in den Bergen gegen die Invasoren fort. Und es vergingen noch weitere Monate, bis János Kádár seine Herrschaft gefestigt hatte.

Ungarn seit 1956

Wie sieht die Bilanz des ungarischen Volksaufstandes aus der zeitlichen Entfernung von zwei Jahrzehnten aus? Trotz aller feierlichen Versprechungen der mit Moskaus Unterstützung ins Leben gerufenen «Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung» – an deren Spitze man auf Empfehlung von

Marschall Tito den in Rákosis Kerker «gestählten» János Kádár stellte – wurden die Beziehungen Ungarns zur Sowjetunion keinesfalls gelockert. Ungarn blieb weiterhin im Lager der «Sozialistischen Staatengemeinschaft», Mitglied des Warschauer Paktes und des COMECON, und die sowjetischen Truppen, die das Land nun seit 31 Jahren besetzt halten, wurden auch nicht abgezogen. Vielmehr verpflichtete sich die Kádár-Regierung noch im Mai 1957 in einem neuen Abkommen, die Stationierung sowjetischer Streitkräfte in unbeschränktem Umfang «provisorisch» (so der Wortlaut) zuzulassen.

Von einer selbständigeren Aussenpolitik Ungarns kann auch heute nicht die Rede sein. Ungarns UNO-Vertreter und der jeweilige Aussenminister befolgen stets die Moskauer Weisungen. Nicht einmal innerhalb des Sowjetblocks darf Ungarn seine eigenen Interessen vertreten. Unverändert blieb auch das Einparteiensystem, wobei János Kádár selbst einmal zugegeben hat, dass es ein Fehler des vergangenen Regimes unter Rákosi war, die mit den Kommunisten im Rahmen einer «Volksfrontregierung» so gut zusammenarbeitenden nichtmarxistischen Parteien gewaltsam verkümmern zu lassen. Die KP Ungarns betrachtet sich weiterhin als die «führende Kraft» innerhalb der ungarischen Gesellschaft und beansprucht deshalb die Alleinherrschaft über die Staatsgeschäfte.

Während die wesentlichen Stützen der KP und Moskaus Einfluss in der Ungarischen Volksrepublik unangetastet blieben, konnte Kádár auf anderen Gebieten einige – nicht unwesentliche – Forderungen des Aufstandes in die Tat umsetzen. Das Leben der ungarischen Arbeiter wurde im Verhältnis zur vorrevolutionären Zeit zweifelsohne besser. Am Arbeitsplatz wurde das materielle Interesse der Staatsbürger, besonders der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, gefördert, einträgliche Nebenbeschäftigungen wurden genehmigt. Mitte der sechziger Jahre begann in Ungarn die Verwirklichung des sogenannten «Gulaschkommunismus».

Die grösste Genugtuung bereitete Kádár seinen Landsleuten mit der (relativen) Öffnung der Landesgrenzen. Nach den neuen Bestimmungen von anfangs der sechziger Jahre durfte nun jeder unbescholtene ungarische Staatsbürger in jedem dritten Jahr ins westliche Ausland und (fast) unbeschränkt (mit Ausnahme der UdSSR und Jugoslawiens) in die benachbarten sozialistischen Länder reisen. Auch im kulturellen Bereich gab es Neuerungen. Die Alleinherrschaft des «sozialistischen Realismus» wurde gebrochen, moderne Strömungen werden geduldet.

Für den Durchschnittsbürger bestand die wichtigste Änderung darin, dass er vom unmittelbaren Polizeiterror des Rákosi-Regimes befreit wurde. Das «ius murmurendi», das Recht des «Maulens», wurde in den sechziger Jahren zum Bürgerrecht in Ungarn – wenn es nicht den Hauptstützen der KP galt.

Während Kádárs Reformwerk auf innenpolitischem Gebiet einge-

schränkt und in einigen Fällen sogar abgebaut wurde, erreichte es auf wirtschaftlichem Gebiet erst seinen Höhepunkt mit dem Anlauf des «neuen Wirtschaftsmechanismus», der in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eingeführt wurde. Er sollte die konservative, straffe Planwirtschaft mit den Möglichkeiten der modernen Marktwirtschaft vereinen. Dieses System wurde eigentlich vom Prager Nationalökonom (unter Dubček stellvertretender Ministerpräsident) Ota Šik ausgearbeitet. Während jedoch Šik zu Novotnys Zeiten seine Reformgedanken noch nicht verwirklichen konnte, setzte sie Kádár 1966 in Ungarn trotz des heftigen Widerstandes von seiten seines erzkonservativen Parteiflügels durch. Nicht umsonst nannte der damals noch im sowjetischen Exil lebende ungarische Exdiktator Mátyás Rákosi die Kádársche Herrschaft in Ungarn eine «Renaissance der Sozialdemokratie»! Der Realisierung von Šiks Wirtschaftsreform während des Prager Frühlings bereitete die sowjetische Invasion ein jähes Ende. In Kádárs Ungarn lief jedoch der neue Mechanismus einige Zeit weiter, wurde aber in den siebziger Jahren in wesentlichen Punkten auf Moskaus Geheiss rückgängig gemacht. Während das Schicksal des Einzelnen in der Volksrepublik Ungarn sowohl materiell als auch individuell im Vergleich zu den vorrevolutionären Verhältnissen weitgehend verbessert wurde, blieb Ungarns Stellung innerhalb des Sowjetblocks unverändert. Die Aussen- und die Militärpolitik sowie (bedingt) die Wirtschaftspolitik werden, genau wie vor 1956, weiterhin von Moskau aus bestimmt, das durch diverse Mittel die ungarische Szenerie aufmerksam verfolgt und kontrolliert.

Der Aufstand von 1956 war nicht ganz ergebnislos: Das Land erreichte zwar keine staatliche Souveränität, erzielte jedoch viele kleine Siege – oder doch Vorteile und Erfolge, die noch heute in einigen Ostblockländern nicht vorhanden sind. Als Zeugnis für den Freiheitswillen einer kleinen Nation in Europa förderte der ungarische Oktober langfristig auch die Emanzipationsbestrebungen anderer Völker des Ostblocks und der westlichen kommunistischen Parteien. Selbst zwanzig Jahre sind eine zu kurze Frist, um die weiterreichenden Folgen jenes blutigen Dramas ganz zu ermessen. Auch gewaltsame Restauration ist nur eine Etappe.